

Mai 2026

Ein Jahr schwarz-rote Koalition

Eine Zwischenbilanz



Energiewirtschaft

Für eine zügige Dekarbonisierung und Unabhängigkeit durch Elektrifizierung sollte die Bundesregierung den entschiedenen Ausbau erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten und des Stromnetzes mit Nachdruck vorantreiben.

Der Stromanteil am Gesamtenergieverbrauch wird bis 2045 deutlich steigen, um industrielle Prozesse, Gebäudewärme und große Teile des Verkehrssektors zu elektrifizieren. Umso wichtiger ist es, die begrenzten erneuerbaren Kapazitäten möglichst effizient einzusetzen. Die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Energiesektor beruht dabei auf drei zentralen Pfeilern: einem konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, einer leistungsfähigen Netzinfrastruktur sowie einer deutlichen Steigerung der Energieeffizienz. Gemeinsam bilden sie die Grundlage für eine sichere, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Energieversorgung in Deutschland.

Erste energiepolitische Bilanz fällt ernüchternd aus

Die Bilanz nach dem ersten Jahr der schwarz-roten Bundesregierung fällt diesbezüglich leider ernüchternd aus. Zwar ist der stärkere Fokus auf Kostenreduktion und Versorgungssicherheit begrüßenswert, gleichzeitig machte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) jedoch vielfach mit Gesetzesvorhaben Schlagzeilen, die fossile Energieträger, nicht zuletzt vor dem Hintergrund aktueller geopolitischer Realitäten, auf irritierende Weise zu priorisieren scheinen oder den Ausbau erneuerbarer Energien real eher bremsen als beschleunigen dürften.

Netzintegration statt Investitionshemmnisse

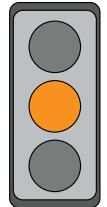
So könnten etwa geplante Maßnahmen zur Senkung der Redispatch-Kosten durch eine stärkere Risikoübertragung auf Betreiber erneuerbarer Anlagen Investitionen dämpfen und damit dem Klimaschutz sowie den Zielen des Klimaschutzprogramms (KSP) zuwiderlaufen. Eine Entlastung der Netze sollte stattdessen vorrangig über eine bessere Systemintegration erfolgen, etwa durch flexible Nachfrage und systemdienliche Lasten wie Elektrolyseure. Insofern begrüßen wir das Bekenntnis der Bundesregierung im KSP, die Einspeisemengen erneuerbaren Stroms steigern zu wollen und gleichzeitig den Anstieg der Redispatchkosten zu reduzieren. Entscheidend wird jedoch sein, dass die gewählten Instrumente dieses Ziel tatsächlich unterstützen.

Energiewirtschaft

Energieeffizienz

Unsere Erwartung an die Koalition

Die Potenziale der **Energieeffizienz** sollten aufgrund der Abhängigkeit von fossilen Importen und hohen Energiepreisen umfassend ausgeschöpft werden.



Unsere Bewertung

Deutschland und die Europäische Union (EU) stehen angesichts geopolitischer Krisen und steigender Energiepreise vor einer zentralen Herausforderung: der hohen Abhängigkeit von importierter Energie. Gleichzeitig bleibt ein enormes Potenzial zur Energieeinsparung in der Industrie bislang ungenutzt. Die Bundesregierung, die momentan das **Energieeffizienzgesetz überarbeitet**, plant aber Abschwächungen, um es zu entbürokratisieren und Unternehmen zu entlasten.

Die Zahlen sind jedoch eindeutig: In der deutschen Industrie liegt das wirtschaftliche Energieeinsparpotenzial (Amortisation in ca. 3 Jahren) bei rund 40 % des Endenergiebedarfs. Dies entspricht der Energiemenge von mehreren LNG-Terminals und Gaskraftwerken. Gleichzeitig könnten jährlich bis zu 29 Milliarden Euro Energiekosten eingespart werden. Langfristig ergibt sich ein volkswirtschaftliches Einsparungspotenzial von über 250 Milliarden Euro.

Eine ambitionierte Gesetzgebung bietet weitreichende Vorteile: Sie reduziert Energiekosten, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, erhöht die Versorgungssicherheit und beschleunigt die Dekarbonisierung. Zudem kann sie erhebliche wirtschaftliche Impulse setzen: Allein durch Investitionen in energieeffiziente Prozesswärme könnten jährlich rund 91 Milliarden Euro Wertschöpfung entstehen sowie bis zu einer Million Arbeitsplätze bis 2050 geschaffen werden.

Unsere Forderungen für die Ausschöpfung von Energieeffizienzpotenzialen

1

Das Energieeffizienzgesetz sollte durch Digitalisierung und vereinfachte und gebündelte Meldepflichten entbürokratisiert werden. In seiner konkreten Wirkung dürfen das Energieeffizienzgesetz und verwandte Regelungen jedoch keinesfalls wie geplant abgeschwächt werden. Im Gegenteil müssen z. B. über die Bündelung von Subventionen und den diskriminierungsfreien Zugang von Energiedienstleistern zu Fördermitteln viel mehr Investitionen in Energieeffizienz angeregt werden, um die **immensen Potenziale** zu heben.

2

Die Flexibilisierung, Vereinfachung und Weiterentwicklung des Programms „Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft“ (EEW) unterstützen wir ausdrücklich. Das Fördervolumen sollte aufgrund der hohen Fördermitteleffizienz und der Hebelung privaten Kapitals mindestens um den Faktor 2,5 verdoppelt werden.

3

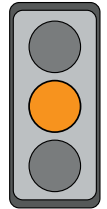
Die Regelungen zu Energiemanagementsystemen (EMS) sollten entbürokratisiert, aber nicht abgebaut werden. EMS sind bei Unternehmen anerkannt und erlauben es Unternehmen, selbstständig Einsparpotenziale zu erkennen und anzugehen.

Energiewirtschaft

Flexibilisierung und Versorgungssicherheit

Unsere Erwartung an die Koalition

Durch **nachfrageseitige Flexibilisierung, innovative Speichersysteme** und lediglich einen **begrenzten Zubau wasserstofffähiger Gaskraftwerke** gilt es, das Stromsystem zu stabilisieren.



Unsere Bewertung

Eine verlässliche erneuerbare Stromversorgung über belastbare Netze ist das Rückgrat der Transformation und des Wirtschaftsstandorts. Insofern ist es erfreulich, dass laut KSP Digitalisierung, Speicher und Flexibilitäten künftig dafür sorgen sollen, die Notwendigkeit steuerbarer (Gas-)Kraftwerkskapazitäten auf ein notwendiges Maß zu beschränken. Um den Anforderungen des Klimaschutzgesetzes (KSG) gerecht zu werden, müsste die Bundesregierung die möglichst geringen thermischen Kraftwerkskapazitäten der Zukunft ernsthaft auf die Umstellung auf den Wasserstoffbetrieb vorbereiten, inklusive eines überzeugenden Plans für die Bereitstellung der erforderlichen Mengen Wasserstoff. Stattdessen wird erneut die Möglichkeit von CCS an Gaskraftwerken in den Raum gestellt.

Der jüngst veröffentlichte Referentenentwurf zur bisherigen Kraftwerksstrategie, das Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätsgesetz (StromVKG), schließt praktisch alle Technologien zur Überbrückung von Zeiten geringerer Stromproduktion aus erneuerbaren Energien außer Gaskraftwerke aus, ohne dies explizit zu machen und verweigert sich damit der Technologieoffenheit. Schon heute sind Gaskraftwerke die Preistreiber im Stromsystem. Thermische Kraftwerke werden auch zukünftig zur Versorgungssicherheit beitragen, dürfen jedoch nicht als Allzwecklösung für Systemstabilität missverstanden werden.

An anderer Stelle (**Systemfrage Gas**) haben wir bereits ausgeführt, warum ein vorwiegend kraftwerkszentrierter Ansatz zur Absicherung von fluktuierenden erneuerbaren Energien sehr teuer ist und daher auf ein absolut notwendiges Minimum beschränkt bleiben muss. Insbesondere bei Kraftwerken mit niedrigen Volllaststunden, welche in einem weitgehend erneuerbaren Stromsystem auch aus ökonomischen Gründen angestrebt werden sollten, stellt CCS an Gaskraftwerken keineswegs eine kostengünstige Alternative dar.

Unsere Forderungen für ein zukunftsfähiges Energiesystem

1

Zukunftsfähige Systemstrategie entwickeln: Durch Elektrifizierung, Sektorkopplung, Effizienzsteigerungen und digitale Steuerung sollte eine zukunftsfähige Systemstrategie Flexibilitäten heben und so Kosten senken, Resilienz stärken und Netzstabilität erhöhen. Dafür müssen zentrale Elemente des Strommarktdesigns, etwa dynamische Netzentgelte, weiterentwickelt werden, um Nachfrageflexibilität anzuregen und Investitionssignale für Großbatteriespeicher zu setzen.

2

Ausschreibungen für gesicherte Leistung de facto technologieoffen und ökonomisch gestalten: Neben Gaskraftwerken müssen mehr noch als bisher vorgesehen Anreize für Batteriespeicher oder gar Nachfrageflexibilitäten und Effizienzmaßnahmen („Effizienzkraftwerke“) gesetzt werden. All diesen Alternativen muss eine faire Chance gegeben werden.

3

Die verbleibend benötigten thermischen Kraftwerkskapazitäten schnellstmöglich auf Wasserstoff umstellen: Anforderungen an die Betriebsfähigkeit der Kraftwerke mit Wasserstoff sollten bereits jetzt detaillierter gesetzlich verankert werden. Beispielsweise wäre festzulegen, wie die Wasserstofffähigkeit konkret nachgewiesen werden kann und muss, welche Kosten mit einer Umrüstung verbunden wären oder welche Pönale im Falle einer eventuellen (wirtschaftlichen) Nichtumrüstbarkeit anfielen.

4

Allem voran gilt es jedoch, die zentrale Infrastruktur für eine sichere Energieversorgung jenseits von globalen Preisschocks und Lieferengpässen fossiler Energieträger – das Stromnetz – fit für die Zukunft zu machen und den Stromnetzausbau entschieden voranzutreiben.

Zwischenfazit:

Zwar wird vordergründig am klimapolitischen Zielbild festgehalten, allerdings kann sich die Bundesregierung bisher nicht zu tatsächlich transformativen und unabhängigkeitfördernden Maßnahmen entschließen. Statt einer konsequenten Ausrichtung auf Elektrifizierung, Energieeffizienz und Flexibilisierung des Stromsystems dominiert weiterhin ein stark kraftwerkszentrierter Ansatz zur Versorgungssicherheit, der bislang nur mit unzureichenden Kriterien für die Umstellung auf Wasserstoff abgesichert ist. Gleichzeitig bleiben erhebliche wirtschaftliche Potenziale im Bereich der Energieeffizienz bislang ungenutzt.

BELLONA

Über Bellona

Bellona Deutschland ist eine gemeinnützige Klima- und Umweltorganisation mit dem Fokus auf Klimaschutz in der Industrie. Wir verfolgen einen wissenschaftsbasierten und lösungsorientierten Ansatz. Zentrale Motivation unserer Arbeit ist die systemische Einordnung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, um deren Potenziale und Mehrwerte für den Klimaschutz auszuschöpfen.

Rechtlicher Hinweis

Bellona bemüht sich sicherzustellen, dass die in diesem Bericht enthaltenen Informationen korrekt und frei von Rechten Dritter sind, übernimmt jedoch keine Gewähr oder rechtliche Verantwortung für die Richtigkeit, Vollständigkeit, Interpretation oder Nützlichkeit der Informationen, die sich aus der Nutzung dieses Berichts ergeben können.

Titelbild: Erstellt mit Unterstützung von KI

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell 4.0 International Lizenz (CC BY-NC 4.0). Eine Kopie dieser Lizenz finden Sie unter:



 Neue Promenade 6, 10178 Berlin

 de.bellona.org

Kontakt

Luisa Keßler

Referentin Nachhaltige Wasserstoffwirtschaft

luisa@bellona.org

+49 152 0305 9785

Amrei Milch

Head of Public Affairs & Operations

amrei@bellona.org

+49 152 0297 0318

Autor:innen

Bellona Deutschland

Design & Layout

Arnbjørn Mortensen

Zitiervorschlag

Bellona Deutschland. 2026. Ein Jahr schwarz-rote Koalition – eine Zwischenbilanz. Berlin. <https://de.bellona.org/publication/ein-jahr-schwarz-rot/>

Lobbyregister: R005021

Handelsregister: HRB 242121 B